

Antrag

**der Abgeordneten Christoph de Vries, Dietrich Wersich, Dennis Gladiator,
Birgit Stöver, Klaus-Peter Hesse, Viviane Spethmann (CDU) und Fraktion**

zur Drs. 20/270

Betr.: Weiterführung und Ausbau des Programms Frühe Hilfen

Unter Regierung der CDU wurde in Hamburg in den vergangenen Jahren der Auf- und Ausbau stadtteilnaher und niedrigschwelliger Beratungs- und Hilfsangebote für junge Familien erfolgreich vorangetrieben. Kernidee der Frühen Hilfen ist es, die bereits bestehenden Unterstützungsangebote intensiver zu vernetzen und Familien Unterstützung anzubieten, bevor Defizite oder Schäden auftreten. Nur durch ein enges und vor allem verbindliches Zusammenarbeiten zwischen Gesundheitssystem, Kinder- und Jugendhilfe sowie vielen anderen Beteiligten im Bereich der Familienförderung können Hilfebedarfe früh erkannt und rechtzeitig und präventiv gehandelt werden.

Die Ziele der Frühen Hilfen bestehen im Wesentlichen darin, alle schwangeren Frauen und Eltern mit Kindern in der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre frühzeitig anzusprechen und bedarfsgerecht zu unterstützen. Frühe Hilfen sollen beispielsweise Eltern bei der Verbesserung ihrer Gesundheitskompetenzen helfen, bei der Bewältigung des Alltags unterstützen, aber auch Kindeswohlgefährdungen vorbeugen.

Aufbauend auf bestehenden Regelangeboten und Modellprojekten in Hamburg wurde in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz das Programm „Frühe Hilfen“ für Hamburg entwickelt und eine Arbeitsgruppe mit allen beteiligten Akteuren zur Gründung eines Netzwerks gebildet.

Auch der Referentenentwurf zum neuen Bundeskinderschutzgesetz sieht die gesetzliche Einrichtung Früher Hilfen vor. Insofern hat der vorherige Senat bereits die Vorarbeit zur Umsetzung geleistet.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ausreichend finanzielle Mittel für den Ausbau der Frühen Hilfen bereitzustellen,
2. Schwangere und junge Eltern intensiver und in geeigneter Form über die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote zu informieren,
3. sich auf Bundesebene für die notwendige Einbeziehung des Gesundheitswesens und der gesetzlichen Krankenkassen in das Bundeskinderschutzgesetz einzusetzen,
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2011 über die Ergebnisse zu berichten.